



Der Basar-Effekt



Schon seit geraumer Zeit, genauer gesagt seit dem rasanten Einmarsch einer zusätzlichen – nämlich der muslimischen „Kultur“ im großen Stil – sind auch deren Riten, Gegebenheiten und Traditionen mit bei uns „eingezogen“. Diese stehen zwar in nahezu jedem Punkt diametral zu unseren Werten und Vorstellungen – aber durch die Dominanz und massive Präsenz des Islam allerorten kann sich fast niemand mehr dieser Geisteshaltung entziehen. Es bedeutet für uns alle in erster Linie daß, nicht nur Preise für Waren und Dienstleistungen, sondern eben auch alles „andere“ beliebig verhandel- oder austauschbar geworden ist. Alles steht irgendwie zur Disposition.

(Von Cantalooop)

Vor allem unsere tradierten Werte, wie beispielsweise Qualität, Zuverlässigkeit, Ordentlichkeit und nicht zuletzt das ganz wichtige Vertrauen untereinander leidet erheblich

unter dieser importierten Basar-Mentalität, die aber keinesfalls mit der von Professor Sinn so titulierten „[Basar-Ökonomie](#)“ verwechselt werden sollte. Eines jedoch eint beide Thesen, für Einheimische bedeuten sie nichts Gutes.

Ein Anfangs schleichender und oft nicht allzu ernst genommener Prozess nimmt nun rasant an Fahrt auf. Der meist in rudimentären Deutschkenntnissen vorgetragene übliche Halbsatz „...was letzte Preis?“ ist sinnbildlich für den Ausverkauf unseres gesamten deutschen „Mobiliars“ an die vorwiegend den Lehren Mohammeds folgenden „Neubürger“ zu verstehen. Nahezu jeder hat diesbezüglich schon seine eigenen Erfahrungen gesammelt. Denn wer betrogen wird, ist eben „selbst schuld“ – laut islamischem Kodex.

Als ganz klassisches Beispiel hierfür ist ganz sicher der mittlerweile fest in türkisch-libanesisch-arabischer Hand befindliche Markt von gebrauchten Kraftfahrzeugen signifikant. Wer schon einmal versucht hat, seinen Gebrauchtwagen via Inserat in den einschlägigen Börsen zu veräußern, kann sicherlich bestätigen, dass man dazu ein sehr strapazierfähiges Nervenkostüm braucht und nicht selten sehr viel weniger erlöst, als man sich eigentlich vorgestellt hat. Besonders dann, wenn man dem Drängen dieser angeblich topseriösen „Händler“ nachgibt, die meist unmittelbar nach Einstellen des Angebotes einen wahren „Telefonterror“ starten.

Muslime neigen, aufgrund ihrer vielgepriesenen „Kultur“, eben dazu, Preise, Richtlinien oder Vorgaben von „Ungläubigen“ nicht oder nur bedingt zu akzeptieren. Sie verlangen stets nach einem speziellen Rabatt und wenn ihnen dieser nicht gewährt wird, werden sie sehr schnell ärgerlich – bisweilen sogar aggressiv. Und nicht selten kommen sie mit ihrer ungestümen und aufbrausenden Art nicht nur im Geschäftsleben weiter. Weil eben viele verständnisvolle „Bio-Deutsche“ mit dieser typisch orientalistisch-afrikanischen Attitüde nicht umgehen können und deshalb lieber nachgeben, als sich weiterhin der zumeist unwürdigen Verhandlungsprozedur mit laut

schreienden und wild gestikulierenden Männern auszusetzen.

Manieren, Höflichkeit oder Stil sucht man in orientalisches dominierten Kreisen nämlich sowohl im Geschäfts- als auch im Real-Leben zumeist vergeblich. Nur wenn sie bekommen, was sie wollen, halten sie „still“. Sonst kann es durchaus laut und möglicherweise gefährlich werden, bei „Verhandlungen“ und auch hinterher. Deshalb ist ein Basar auch immer gut bewacht.

Und so zieht es sich wie ein roter Faden durch die uns angeblich so bereichernde „Un-Kultur“ der Eingewanderten, dass eben alles ein wenig unverbindlicher und nachjustierbarer geworden ist in der bunten Republik. Obgleich für inländische Geschäftsleute die Daumenschrauben hinsichtlich Vorschriften und Regeln seitens des Gesetzgebers maßgeblich angezogen wurden. Selbst in einem kleinen Ein-Mann-Betrieb ist zwischenzeitlich alles zertifiziert, dokumentiert, überwacht und transparent. Mit schikanösen amtlichen Kontrollen muss man schließlich jederzeit rechnen, wenn man denn Müller, Meier oder Schulze heißt.

Bei erkennbaren Muslimen, oder sonstigen „Schutzsuchenden“ und „Hilfsbedürftigen“ aus dem Morgenland indes, ist der kontrollierende Beamte meist etwas „flexibler“ – was sicherlich auch dem Umstand geschuldet ist, dass „Geschäftsinhaber“ islamischer Provenienz relativ schnell „ungehalten“ werden können, ob des belehrenden Auftretens behördlicher Autoritäten. Dies kann man im Übrigen auch bei anderen Gelegenheiten schön beobachten. Man denke hierbei nur an die übliche Strafzettel-Zuteilung der von Parkplatznot gebeutelten Großstädte. Eine Politesse überlegt es sich sicher zweimal, ob sie das Straf – Billet an die aufgetakelte schwarze Luxuslimousine mit Mini-Boxhandschuhen am Rückspiegel und der Türkei-Fahne am Heck klebt, oder lieber nicht. Basar at it's finest...

So erleben wir aktuell und sicher auch in Zukunft, wie es gewissermaßen zwei Wirklichkeiten gibt, im einst so soliden

Lande. Die Gesetze und Regularien für Rest-Deutsche werden immer mehr „verschärft“ und so auch eingefordert. Bei anderen in Deutschland lebenden Menschen ist man da „nachsichtiger“ und natürlich auch „ein Stück weit toleranter“ geworden. Auch das kennzeichnet einen Basar – wer am lautesten schreit, findet eben Gehör. Der leise, höfliche und zurückhaltende Mensch hat oft das Nachsehen. Er wird eben betrogen und überrannt.

Nicht jedermanns Sache...

JF über absichtliches Nichtabschieben von Illegalen

2015 kamen auf 200.000 registrierte Ausreisepflichtige – die aus Vorjahren aufgelaufen waren – etwa 20.000 Abschiebungen. Gleichzeitig befanden sich zwischen 180.000 und 520.000 „irregulär aufhältige“ Personen, also auch ohne Aufenthaltstitel, in Deutschland. Die Bundesregierung rechnet – Stand März – für 2016 mit 27.000 Abschiebungen bei 220.000 Ausreisepflichtigen. Obwohl über eine Million Asylbewerber eingereist sind, geht der Bund also nur von 20.000 Ausländern mehr aus, die das Land verlassen müssen. Was anderes ist das als das totale Staats-, Justiz- und Verwaltungsversagen?

Über die Ursachen hierfür wurde in der Vergangenheit einiges geschrieben, auch Amtliches. Noch 2011 glaubte die Politik, der Öffentlichkeit den „Bericht über die Probleme bei der praktischen Umsetzung von ausländerbehördlichen Ausreiseaufforderungen“ der sogenannten „AG Rück“, einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe, zumuten zu können. Mittlerweile wurde die Neufassung des Berichts aus dem Jahr 2015 als

Komplettdokument zur Geheimsache erklärt.

Abschiebung könnte so einfach sein

Ein Grund hierfür dürfte die hohe Anzahl an gescheiterten beziehungsweise erst gar nicht versuchten Abschiebungen wegen fehlender Papiere sein. Kaum ein Staat – es sei denn, es gibt funktionierende Rückübernahmeabkommen und der Staat hat ein eigenes Interesse an der Wiederaufnahme seiner Bürger – nimmt Menschen ohne Nachweis seiner Staatsangehörigkeit bei sich auf.

(Der komplette Artikel kann bei der [Jungen Freiheit](#) nachgelesen werden.)



Video: Pegida-Dresden vom 13. Juni 2016

Heute ab 18.30 Uhr ist es wieder soweit: [Pegida](#) – Europas größte Bürgerbewegung – veranstaltet seine montägliche Kundgebung und überträgt sie live vom Neumarkt an der Frauenkirche Dresden. Hauptthema in den Reden wird wahrscheinlich der islamische Terroranschlag in Orlando sein. Den Livericker gibts bei [epochtimes.de](#).



Die Befreiung Jerusalems



Als die jordanische arabische Legion 1948 die Hälfte Jerusalems eroberte, dessen jüdische Bevölkerung vernichtete oder vertrieb, und dann die Stadt annektierte – war das einzige Gebilde, das diese Annektierung anerkannte, das Vereinigte Königreich, das die Offiziere und die Ausbildung geliefert hatte, um diese Eroberung zu ermöglichen. Offiziere wie Colonel Bill Newman, Major Geoffrey Lockett und Major Bob Slade, unter Glubb Pasha, besser bekannt als General John Bagot Glubb, dessen Sohn später zum Islam konvertierte, marschierten in Jerusalem ein und verwendeten die muslimischen Streitkräfte unter ihrem Kommando, um die Teilung und die ethnische Säuberung Jerusalem zu ermöglichen.

(Von Daniel Greenfield, im Original auf sultanknish.blogspot.de)

Seit damals ist die Annektierung und ethnische Säuberung zu einem internationalen Auftrag geworden. Die internationale Gemeinschaft würde es als unvorstellbar betrachten, eine Gruppe, die ethnische Säuberung erfahren und versuchten Genozid (Anm. die arabischen Angriffskriege) überlebt hat, zu verurteilen, weil sie in ihre eigene Stadt zurückkehrt. Jedoch, für das amerikanische Außenministerium und das britische Ministerium für Auswärtiges gehört es zu deren üblich gewordener Politik, die Juden anzuklagen, die in den Teilen Jerusalems leben, die von den Muslimen ethnisch gesäubert wurden. Sie werden als „Siedler“ angeklagt, die in „Siedlungen“ leben, und sie werden als ein „Hindernis für den Frieden“ beschrieben. Friede gilt hier als der Zustand, der einsetzt, wenn eine ethnische Säuberung nicht infrage gestellt wird.

Jüdische Häuser in Jerusalem als Siedlungen zu beschreiben, einer der ältesten Städte der Welt, einer Stadt, die alle drei Religionen der Region mit Juden und mit der jüdischen Geschichte verbinden, ist ein Triumph der Verfälschung der Sprache, vor der Orwell den Hut ziehen müsste. Wie kann man von „Siedlungen“ sprechen, in einer Stadt, die älter ist als London oder Washington D.C.? Um das zu verstehen, müsste man London und Washington D.C. fragen, wo die Diplomaten darauf bestehen, dass eine weitere Runde israelischer Kompromisse den Frieden bringen wird.

Sie sagen, dass es drei Religionen in Jerusalem gibt, aber dort gibt es tatsächlich vier. Die vierte Religion ist die wahre Religion des Friedens, diejenige, die darauf besteht, dass es Frieden geben wird, wenn die Juden aus Judäa und Samaria vertrieben worden sind, wenn sie aus ihren Häusern in Jerusalem hinausgejagt worden sind, und wenn sie wieder zu Wanderern und Bettlern gemacht werden. Seltsam genug, der Name dieser Religion lautet nicht einmal Islam – er lautet Diplomatie.

Die Diplomatie sagt, dass die von den arabischen Ländern bei

ihrer kriegerischen Invasion Israels 1948 festgelegten Grenzen, die endgültigen Grenzen sein sollen. Und die Diplomatie sagt, als Israel im Jahr 1967 die getrennte Stadt wiedervereinte, sei dies ein Akt der Aggression gewesen, während die Invasion der sieben arabischen Armeen gegen Israel im Jahr 1948 ein legitimer Weg war, zur Festlegung permanenter Grenzen. Als Jordanien den Ostteil Jerusalems ethnisch säuberte, habe es somit einen Maßstab vorgegeben, dem die Israelis bis zu diesem Tag zu folgen verpflichtet seien, indem sie sich von Jerusalem fern halten. Aber wenn sie gegen diese ethnische Säuberung vorgehen, dann würden sie den Frieden in Gefahr bringen.

US-Vizepräsident Biden war so verärgert, als die Jerusalemer Stadtverwaltung den Bau einiger Gebäude in der Stadt in einer ersten Phase billigte, während er Jerusalem besuchte, dass er seinen legendären Wutanfall bekam. Und Hillary Clinton besuchte MSNBC, um Andrea Mitchell zu sagen, dass, „das beleidigend war. Und eine Beleidigung nicht nur für den Vizepräsidenten, der das nicht verdient hat.“ David Axelrod durchsuchte das Wörterbuch für Synonyme, und als er in den Morgensendungen auftauchte, nannte er es einen „Affront“ und eine „Beleidigung“. Zwei zum Preis von einem.

Leitartikel in den Zeitungen beschuldigten die israelische Regierung einer schweren Beleidigung gegen die Obama-Administration. „Israels Provokation“, kreischte die Chicago Tribune mit fetten Buchstaben, nannte es eine „diplomatische Bombe“, die Biden ins Angesicht explodiert sei. Eine Schar weiterer Kolumnisten sprang auf den Zug auf, um die Israelis so darzustellen, als hätten sie den armen Vizepräsidenten getreten und geschlagen, während sie seinen Kopf in die Kloschüssel hielten.

Ob Joe Biden das Opfer der Juden war, oder die Juden die Opfer von Joe Biden, das ist eine Frage der Perspektive. Die Hitler-Regierung war ziemlich verärgert, als sie herausfand, dass jüdische Athleten bei den olympischen Spielen 1936 in

Deutschland teilnehmen würden. Wenn man ein Volk ethnisch säubert, dann soll dieses gefälligst ethnisch gesäubert bleiben. Da wäre es schlechter Geschmack, wenn sie auftauchen und bei Olympia Goldmedaillen gewinnen, oder wenn sie (Anm. in Jerusalem) ihre zerstörten Synagogen wieder aufbauen. So etwas ist für die Vollstrecker der ethnischen Säuberung und deren Komplizen beleidigend.

Das klingt wie eine harsche Anklage, aber das ist voll und unleugbar die Wahrheit.

Wenn Muslime in eine jüdische Stadt ziehen, dann läuft der arme Joe Biden nicht weinend herum und beschwert sich, weil er mit einer diplomatischen Beleidigung bombardiert und mit einer Menorah geohrfeigt wurde. Wenn muslimische Länder im Land Israel muslimische Häuser finanzieren, dann erfolgen keine zornigen Statements von Clinton, und keine Beschimpfungen mit Hilfe des Synonymwörterbuchs durch David Axelrod. Muslimisches Bauen in Jerusalem oder anderswo in Israel ist für diese Leute kein Problem. Das gilt nur für jüdisches Bauen. Nur die Juden werden als Problem betrachtet.

Genau betrachtet ist der gesamte Friedensprozess in Wirklichkeit die Verlängerung der letzten Phase der Lösung des jüdischen Problems. Das Problem ist, folgt man den Aussagen vieler Diplomaten, dass es Juden gibt, die an Orten leben, die Muslime für sich haben möchten. Vor 1948 gab es Juden, die in Gaza gelebt haben, aber sie wurden vertrieben, sie kehrten zurück, und sie wurden erneut von ihrer eigenen Regierung in Befolgung der internationalen Forderungen vertrieben. Nun lebt nur noch die Hamas in Gaza, und dort ist es so friedlich und so angenehm ohne Juden, wie einst in Nazi Deutschland.

Aber da sind noch die Juden in Judäa und Samaria, und die wollen sie auch loswerden. Sobald genügend Juden vertrieben worden sind, dann wird es Frieden geben. Das ist kein Paragraph aus dem Buch Mein Kampf, das ist nicht irgendeine verrückte Predigt im Fernsehen der Palästinensischen Autonomie

– sondern das ist die übereinstimmende Meinung der Internationalen Gemeinschaft. Entsprechend dieser allgemeinen Meinung ist der einzige Grund, warum noch immer kein Frieden herrscht, weil noch nicht genügend Juden aus ihren Häusern vertrieben worden sind.

1966 war Jerusalem eine geteilte Stadt, geteilt durch Stacheldraht und durch die Kugeln der muslimischen Scharfschützen. Diplomatie hat diese Stadt nicht vereint. Denn Israel hat die Diplomatie fast bis zum bitteren Ende verfolgt, solange bis Israel verstanden hat, dass sie überhaupt keine andere Wahl haben, als zu kämpfen. Israel hat sich 1967 nicht in den Kampf gestürzt. Israels Anführer taten ihr bestes, um den Konflikt zu vermeiden, sie baten die internationale Gemeinschaft zu intervenieren, und Ägypten daran zu hindern, in den Krieg zu ziehen.

Als Israel in den Krieg zog, wollten seine Anführer Jerusalem ursprünglich gar nicht befreien, sie wollten, dass Jordanien sich aus dem Krieg heraus hält. Selbst dann, als Jordanien in den Krieg eintrat, wollten sie die Stadt nicht befreien. Göttliche Fügung und muslimische Feindschaft zwangen sie, Jerusalem zu befreien und zwangen sie, die Stadt zu behalten. Nun möchte einige von ihnen, sie zurückgeben, als ein weiteres Opfer an die blutrünstige Gottheit der Diplomatie, deren Altar von Blut und verbrannten Opfern bereits überfließt.

Während wir des Yom Yerushalayim, des Jerusalem-Tages, gedenken, ist es wichtig, sich daran zu erinnern, dass die Stadt vereint und frei ist, weil die Diplomatie versagt hat. Der größte Triumph des modernen Staates geschah nur deshalb, weil die Diplomatie sich als hoffnungslos und nutzlos erwiesen hat, den rassenmörderischen Ehrgeiz der Muslime abzuschrecken.

Hätte Israel damals dem internationalen Druck nachgegeben, und wäre Nasser so schlau wie Sadat gewesen, dann hätte der Sechstage-Krieg ausgesehen wie der Yom Kippur-Krieg, aber ausgefochten mit den Grenzen von 1948 – und dann würde Israel

heute höchstwahrscheinlich nicht mehr existieren.

Sogar während sich Juden des großen Triumphes des Jerusalem-Tages erinnern, suchen die ethnischen Säuberer und ihre Komplizen geschäftig nach Wegen, um Juden aus Jerusalem zu vertreiben, und aus Ortschaften, Dörfern und Städten. Dabei geht es nicht um die arabischen Einwohner von Jerusalem, die wiederholt betätigt haben, dass sie ein Teil Israels bleiben möchten. Es geht nicht um Frieden, der durch keine Runde irgendwelcher vorheriger Zugeständnisse bewirkt wurde, und der durch solche auch nicht erreicht werden wird. Es geht ihnen (Anm. den diplomatischen ethnischen Säuberern) darum, das zu lösen, was sie als jüdisches Problem betrachten.

So lange, wie Juden zulassen, dass sie selbst als das Problem definiert werden, werden viele dieser Lösungsvorschläge angeboten werden. Und die Lösungen beinhalten unweigerlich, dass wegen der Juden etwas getan wird. Es ist nur vernünftig, dass, wenn Juden (Anm. angeblich) das Problem sind, dann die Lösung darin besteht, dass sie umziehen müssen oder dass man sie los wird.

Der Jerusalem-Tag ist eine Erinnerung daran, was das wirkliche Problem ist, und daran, was die wirkliche Lösung ist. Die muslimische Besetzung Israels ist das Problem. Die Islamisierung Jerusalems ist das Problem. Die muslimische Gewalt zur Unterstützung der muslimischen Besetzung Israels und andernorts ist das Problem.

Israel ist die Lösung.

Erst dann, wenn wir uns selbst von den Lügen befreien, wenn wir aufhören zu glauben, dass wir das Problem sind, und wenn wir begreifen, dass wir die Lösung sind, erst dann wird die Befreiung, die 1967 begonnen hat, vollständig sein.



Türkisches Blatt nennt Islamopfer „Perverse“

Das [gestrige islamische Gemetzel](#) in einer Schwulenbar in Orlando im US-Bundesstaat Florida ist das schlimmste Schussattentat eines Einzeltäters in der Geschichte der USA, erklärte Präsident Obama. Der von der Polizei erschossene Attentäter Omar S. Mateen war ein in New York geborener Moslem, dessen Eltern aus Afghanistan eingewandert waren und wie die [Nachrichtenagentur AMOQ](#), das Pressemedium des IS, bekannt gab ein IS-Dschihadist. Mateen rief vor dem Anschlag bei der Polizei an und bekannte seine Treue zum [IS-Anführer Abu Bakr al-Baghdadi](#). Der türkischen [Zeitung Yenit Akit](#), einem der islamfaschistischen Erdogan-Partei AKP ergebenem Propaganda-Medium, war das eine freudig erregte Schlagzeile wert. Das Blatt titelte: „Sapkin escinsellerin gittigi barda ölü sayisi 50'ye çikti!“ – also: „Die Zahl der Toten in der Bar, in die perverse Schwule gehen, steigt auf 50!“

(Von L.S.Gabriel)

„Yenit Akit“ ist dafür bekannt, gegen Homosexuelle, aber ebenso gegen Juden und Christen zu hetzen und Al Qaida positiv gegenüber zu stehen. Es ist aber nicht nur die Wortwahl, wie [Chris Pleasance von der britischen Daily-Mail](#) richtig erkannte, sondern das Ausrufezeichen am Ende des Satzes, das wohl zeigen soll, dass man das Attentat und den Tod der „50

Perversen“ offenbar feiert.

Die türkische Polizei führte, auf Veranlassung der Regierung Erdogan, in den vergangenen Monaten in mehreren regierungskritischen Verlagshäusern Razzien durch, viele Journalisten sitzen aufgrund ihrer Berichterstattung gegen das Erdogandiktat in türkischen Gefängnissen. „Yeni Akit“ steht trotz seiner menschenverachtenden und terrorverherrlichenden Berichterstattung nicht im Visier der Behörden, sind die Hasstiraden gegen Minderheiten doch immer islamkonform.

Zum moslemischen Täter:

Eine der [Exfrauen Omar S. Mateens](#) sagte, er sei ein gewalttätiger und mental sehr instabiler Mensch gewesen, der sie oft geschlagen habe. Und er habe sich für den Polizeidienst beworben.



Syed Shafeeq Rahman, der Imam der Islamischen Zentrums von Fort Pierce, wo Omar Mateen vier Tage pro Woche betete, gab an, Mattee sei ein sehr widerspenstiges Kind gewesen und habe eine Menge Probleme gemacht. Es habe auch Gerüchte gegeben, er sei als Erwachsener [sehr aggressiv gewesen](#). In der Moschee, wo natürlich nur Frieden gepredigt werde, soll er sich aber ruhig verhalten haben. Ganz so friedlich werden die Lehren vielleicht aber nicht sein, denn bereits 2014 ist ein amerikanischer Selbstmordattentäter aus dieser Moschee hervorgegangen.

Laut Rahman, hat das aber bestimmt alles nichts mit seiner Lehre zu tun: „Das ist nichts, dass die Moschee, sie lehrt“, sagte er. „Sie bekommen es aus dem Internet.“ Und natürlich kann das töten von 50 Personen nichts mit dem Islam zu tun haben.



Der große PI-Islamisierungstest



Vielen Menschen ist gar nicht bewusst, wie weit die Islamisierung ihrer Umgebung bereits fortgeschritten ist. Oft sind es gerade die kleinen Dinge des Alltags, und ein Test kann für Klarheit sorgen. Beantworten Sie die folgenden neun Fragen nach bestem Wissen und Gewissen. Für Antwort a) gibt es jeweils 1 Punkt, für b) 2 Punkte und für c) 3 Punkte.

(Von fenek)

1. Sie werden morgens wach, durch

- a) die Amsel.
- b) den extrem lauten Audi A4 des arabischen Nachbarn.
- c) einen merkwürdigen, fremden Singsang, von dem die in der Flüchtlingshilfe engagierte, evangelische Pfarrerin sagt, dass er „eine tiefe Beziehung zu Gott“ ausdrückt und sie

„spirituell anrührt“.

2. Ihr SPD-Bürgermeister, ein harter Alkoholiker, ist bei der Eröffnung der neuen Moschee

- a) so wie immer.
- b) fast nüchtern.
- c) völlig klar und kann sich sogar ganze Koran-Suren merken.

3. Sieben Uhr morgens. Auf dem Weg zur Arbeit begegnen Sie

- a) Ihrem SPD-Bürgermeister, auf seinem Weg nach Hause.
- b) einer scheuen Studentin mit Kopftuch und verschlagenem Blick.
- c) keinem einzigen Kopftuch, wo sind die denn nur alle?

4. Ihr CDU-Ortsverein lädt ein,

- a) zu einer Weihnachtsfeier.
- b) zum Fest des Höchsten Wesens A. M.
- c) Was ist das eigentlich für eine Sprache auf der Einladungskarte, und wieso spreizt der türkisch-stämmige Ortsvorsitzende so merkwürdig die Finger wie zu einem Gruß?

5. Eine nicht nur sonnengebräunte Gruppe junger Männer fordert Ihre 17-jährige Tochter auf,

- a) ihnen den Weg zum Bankautomaten zu zeigen.
- b) ihnen zu sagen, wo die intensivste Willkommenskultur zu finden ist.
- c) ihnen in ein märchenhaftes Land zu folgen, in dem tiefgläubige Männer eine unerklärlich kurze Lebenserwartung haben und dennoch ein großer Frauenmangel herrscht.

6. Das christliche Wegekreuz von 1874

- a) ist liebevoll gepflegt.
- b) weist statt INRI den rätselhaften Schriftzug ACAB auf.
- c) war bis zur Errichtung der Flüchtlingsunterkunft doch noch da?

7. Als alter Rock´n Roller verstehen Sie ihren pubertierenden Sohn musikalisch nicht mehr.

- a) Er hört mit einer, Ihrer Meinung nach, ziemlich langweiligen Freundin „Wir sind Helden“ und „Zweiraumwohnung“.
- b) Er beherrscht selbst die gehobene Bushido-Lyrik deutlich besser als „London calling“ von The Clash.
- c) Er verblüfft Sie mit der Aussage, dass Musik verboten ist.

8. Nach Meinung einer Gruppe von nahöstlichen Psychopathen hat im Juni der Mond eine bestimmte Form angenommen. Verändert sich Ihre Umgebung?

- a) Verstehe ich nicht, was geht mich das an?
- b) Mein marokkanischer Arbeitskollege, der ohnehin keinen Humor versteht, ist noch angespannter als sonst, und glotzt mich beim Essen merkwürdig an.
- c) Finde ich klasse, dass die ganzen Kopftuchfrauen auch mal ins Nachtleben raus dürfen. Wusste gar nicht, dass es so viele sind.

9. Ein Vertreter der deutschen Wirtschaft wird mit den Worten zitiert, dass sich Ihr Wohnort glänzend entwickelt hat.

- a) Kann ich nicht nachvollziehen, die EU hat die Agrarsubventionen gekürzt und die Milchpreise sind im Keller.
- b) Stimmt, die Kaufkraft hier ist unglaublich, gemessen an der Anzahl der Spielhöllen und Wettbüros.
- c) Auf jeden Fall! Selbst der unterbelichtete Grünevorsitzende aus der Migrationsindustrie hat sich zum Immobilienhai mit ständig neuen Mietern entwickelt.

Auswertung:

9 Punkte: Haben Sie die sächsische Schweiz bewusst als Wohnort gewählt, oder hatten Sie einfach Glück? Egal, jedenfalls können Sie sich zurücklehnen, und das bunte Spiel der

islamischen Völker und Kulturen aus der Distanz beobachten. Seien Sie nicht zu abweisend, wenn Ihre westdeutsche Verwandtschaft kurzfristig bei Ihnen einziehen will, es könnte sich um eine akute Notlage handeln.

10-20 Punkte: Wohl wahr, die ländlichen Regionen in Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz, Bayern und Baden-Württemberg sind auch nicht mehr das, was sie früher einmal waren, aber trösten Sie sich, es könnte schlimmer sein.

21-27 Punkte: Sicher sind Sie nicht freiwillig nach Beirut gezogen, und früher hieß das auch anders, irgendwas mit Duis oder Dor, aber egal, jetzt gilt es nach vorne zu blicken und die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen. Und nicht vergessen, wir leben, was die Waffengesetze angeht, nicht in Texas, auch wenn Sie das dringende Bedürfnis danach verspüren.

Video: Interview US-Sender mit Stürzenberger

Der US-Internetsender „infowars“ ist seit einer Woche in Deutschland unterwegs, um den „Flüchtlings“-Irrsinn und die Islamisierung Deutschlands zu dokumentieren. In München führte Reporter Rob Dew ein ausführliches Gespräch mit Michael Stürzenberger über den hemmungslosen „Asyl“-Missbrauch und die völlig falsche Politik zum Islam. Wie lange wird es noch dauern, bis es deutsche Journalisten wagen, ein solch offenes Interview zu führen? Vermutlich müssen sich erst ein paar „Orlandos“ und „Brüssels“ in Deutschland ereignen, bis die grünlinks toleranzverseuchten Medienmenschen so ganz langsam aufwachen..



Orlando – das Ende der Regenbogenkoalition?



Noch sind viele Einzelheiten unklar, doch schon jetzt ist klar: Die moslemische Terrorattacke auf die Schwulendisko „Pulse“ in Orlando (Florida) stellt eine Zäsur dar. 50 Todesopfer forderte der größte Terrorangriff seit dem 11. September 2001 auf amerikanischem Boden, der blutigste Amoklauf in der jüngeren US-Geschichte und der schwerste Anschlag auf Homosexuelle überhaupt. Weitere rund 50 Menschen wurden verletzt und ringen zum Teil auf der Intensivstation um ihr Leben.

(Von Falko Baumgartner)

Für die vermutliche demokratische Präsidentschaftsbewerberin

Hillary Clinton ist der Anschlag der politische Super-GAU. Wie ihr Parteikollege und ehemalige Rivale Präsident Obama stützt sich Clinton auf eine weitgefächerte Koalition sogenannter „Minderheiten“ sowohl ethnischer Art (Schwarze, Latinos, Asiaten, Moslems) als auch geschlechtlicher Natur (Frauen, Schwule, Lesben, LGBT). Die einzige Klammer dieser äußerst heterogenen Allianz: Der gemeinsame Kampf gegen den angeblich „privilegierten“ weißen, heterosexuellen, männlichen Euro-Amerikaner, der diese Personengruppen an der sozialen, rechtlichen und politischen Gleichstellung hindere. Gut verstanden haben sich die meisten dieser Gruppen nie untereinander, aber das hat keine besondere Rolle gespielt, solange für alle genug Beuteanteile aus dem Bestand der historischen amerikanischen Nation herausgeschnitten werden konnten („affirmative action“). Auch Weiße wie Hillary Clinton oder der amtierende Vize-Präsident Joe Biden können nach wie vor Führungspositionen in der Partei einnehmen, sofern sie sich dem Kurs der Umverteilung und der (Selbst)entmachtung der Weißen verschreiben.

Doch jetzt könnte das Blutbad von Orlando die Regenbogenkoalition der Demokraten aufsprengen. Eine Minderheit (Muslime) massakriert eine andere (LGBT) – aus Hass auf selbige. Viele der Opfer sind überdies Latinos, eine weitere Gruppe liberaler Schutzbefohlener, denn es war „lateinamerikanische Nacht“ im Pulse. Der Täter Omar Mateen ist ein afghanischer Einwanderer der zweiten Generation mit amerikanischer Staatsbürgerschaft. Clinton steht damit ein politischer Spagat sondergleichen vor. Wie kann sie den Schwulen die wachsende Angst vor dem Import islamischer Homophobie nehmen, wenn sie gleichzeitig die moslemische Masseneinwanderung nach Amerika befürwortet?

Liberale beeilen sich, das Narrativ auf Nebengleise umzulenken. Obama versucht in seiner kurzen Stellungnahme einen Zusammenhang zum Waffenrecht herzustellen. Aber haben die strengen europäischen Waffengesetze die islamischen

Anschläge in Paris und Brüssel verhindert? Welche im Handel erhältliche Waffe läuft schießend oder bombend umher und ruft dabei „Allahu Akbar“? Daß der gemeinsame Nenner von San Bernardino, Bataclan und Maalbeek die gemeinsame islamische Religionsideologie der Attentäter ist, läßt sich selbst für liberale Realitätsverweigerer immer schwerer leugnen.

Mateen wurde zweimal vom FBI wegen radikaler Tendenzen einer Befragung unterzogen – ergebnislos. Wenn aber westliche Inlandsgeheimdienste nicht einmal einen einzigen Verdächtigen effektiv überprüfen können, wie können sie dann die Terrorgefahr einschätzen, die von hunderttausenden, unbekanntem „Flüchtlinge“ aus dem Nahen Osten ausgeht? Reicht es, indem man sich auf merkelsche Metaphysik verläßt („wir schaffen das“)?

Der republikanische Präsidentschaftskandidat Donald Trump hat bereits kurz nach dem islamischen Massaker in San Bernardino im Dezember mit außergewöhnlichem Mut ein Moratorium für muslimische Einwanderung gefordert. Jeden anderen westlichen Spitzenpolitiker hätte diese öffentliche Forderung erledigt, doch Trump überlebte nicht nur den beispiellosen liberalen Shitstorm, sondern legte in den Umfragen zu den republikanischen Vorwahlen sogar noch zu. Seine Warnungen wurden nun in Orlando auf tragische Weise bestätigt.

Trump erwächst damit politischer Spielraum, um sich gegen die feindseligen Massenmedien durchzusetzen und wichtige Wähler aus Clintons wackliger Koalition der Gegensätze zu gewinnen. Er kann jetzt die Initiative nutzen, um für sein Projekt einer umfassenden Sicherung des amerikanischen Nationalstaats gegen die importierte Drittwelt-Barbarei zu werben. Clinton ist dagegen erstmals in die Defensive gedrängt. Orlando wird den religiösen Glauben der Linken in die Überlegenheit der United Nations of America über die United States of America, von importierter Vielfalt über gewachsene Homogenität nachhaltig erschüttern. Nichts wird in ihrer selbstgewissen Welt wie vorher sein. Orlando ist der Anfang vom Ende der Koalition

aller gegen den europäischen Mann. Der Zeitpunkt für einen grundlegenden Paradigmenwechsel in der westlichen Politik rückt näher.

ab sofort neu zu besetzen.
Die interkulturelle Fachkraft arbeitet gruppenübergreifend vorwiegend mit Kindern mit Migrationshintergrund (ca. 15-45 % der Kinder in der Einrichtung). Zurzeit besuchen Kinder aus 21 Nationen unsere Einrichtung, die von zwei interkulturellen Fachkräften in Vollzeit begleitet werden. Die Einrichtung verfügt über ein interkulturelles Konzept, das stetig weiterentwickelt wird. Die Tätigkeiten richten sich insbesondere nach den Richtlinien des Landesamtes für Soziales, Jugend und Versorgung, z.B. - interkulturelle Angebote in kulturell, ethnisch, sprachlich und religiös gemischten Gruppen;
- Positives Einbeziehen der Muttersprachen in den Alltag der Einrichtung entsprechend den eigenen spezifischen Kompetenzen; - Initiierung und Durchführung von interkulturellen und kulturellen Aktivitäten und Angeboten;
- Einbeziehen der Migrationsfamilien in die Kindertagesstättenarbeit.
Wir erwarten: Neben der entsprechenden fachlichen Qualifikation werden insbesondere Zuverlässigkeit, Leistungsbereitschaft und Belastbarkeit sowie Teamfähigkeit erwartet. Das vielfältige Aufgabenfeld erfordert ein hohes Maß an Motivation und Flexibilität sowie die grundsätzliche Bereitschaft zur entsprechenden Fortbildung.
Wir bieten: Das Arbeitsverhältnis richtet sich nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVÖD) und wird befristet, zunächst für 1 Jahr, bei entsprechender Förderung durch das Land Rheinland-Pfalz und den Landkreis Cochem-Zell wird eine Weiterbeschäftigung in Aussicht gestellt.
Bewerbungen von Migrantinnen/Migranten sowie von Schwerbehinderten werden bei gleicher Eignung und Befähigung bevorzugt berücksichtigt.
Für nähere Informationen steht Ihnen Frau Fuchs, Tel. 02671 698122.

Cochem: Migrantinnen/Migranten bevorzugt

Ulmen
Stellenausschreibung
In der Kindertagesstätte der Stadt Cochem ist die Stelle eines/einer **staatlich anerkannten Erzieher/-in als interkulturelle Fachkraft**
ab sofort neu zu besetzen.
Die interkulturelle Fachkraft arbeitet gruppenübergreifend vorwiegend mit Kindern mit Migrationshintergrund (ca. 15-45 % der Kinder in der Einrichtung). Zurzeit besuchen Kinder aus 21 Nationen unsere Einrichtung, die von zwei interkulturellen Fachkräften in Vollzeit begleitet werden. Die Einrichtung verfügt über ein interkulturelles Konzept, das stetig weiterentwickelt wird. Die Tätigkeiten richten sich insbesondere nach den Richtlinien des Landesamtes für Soziales, Jugend und Versorgung, z.B. - interkulturelle Angebote in kulturell, ethnisch, sprachlich und religiös gemischten Gruppen;
- Positives Einbeziehen der Muttersprachen in den Alltag der Einrichtung entsprechend den eigenen spezifischen Kompetenzen; - Initiierung und Durchführung von interkulturellen und kulturellen Aktivitäten und Angeboten;
- Einbeziehen der Migrationsfamilien in die Kindertagesstättenarbeit.
Wir erwarten: Neben der entsprechenden fachlichen Qualifikation werden insbesondere Zuverlässigkeit, Leistungsbereitschaft und Belastbarkeit sowie Teamfähigkeit erwartet. Das vielfältige Aufgabenfeld erfordert ein hohes Maß an Motivation und Flexibilität sowie die grundsätzliche Bereitschaft zur entsprechenden Fortbildung.
Wir bieten: Das Arbeitsverhältnis richtet sich nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVÖD) und wird befristet, zunächst für 1 Jahr, bei entsprechender Förderung durch das Land Rheinland-Pfalz und den Landkreis Cochem-Zell wird eine Weiterbeschäftigung in Aussicht gestellt.
Bewerbungen von Migrantinnen/Migranten sowie von Schwerbehinderten werden bei gleicher Eignung und Befähigung bevorzugt berücksichtigt.
Für nähere Informationen steht Ihnen Frau Fuchs, Tel. 02671 698122, E-Mail: gefinde.luch@svgcochem.de gerne zur Verfügung.
Bewerbungen mit dem üblichen Unterlagen richten Sie bitte bis **22.06.2016** an: **Stadt Cochem, Markt 1, 56612 Cochem.**
Da Ihre Bewerbungsunterlagen aus organisatorischen und aus Kostengründen nicht zurückgesendet werden, bitten wir Sie, von der Einsendung von Originalunterlagen abzusehen. Bitte verwenden Sie keine Magneten für Ihre Bewerbungsunterlagen.

Die Stadtverwaltung Cochem sucht für ihre Kindertagesstätte aktuell „eine/n staatlich anerkannten Erzieher/-in als interkulturelle Fachkraft“. Das Besondere an der Anzeige, gefunden im [„Vulkan Echo“](#), einem Verwaltungsblatt der Verbandsgemeinde Ulmen (Rheinland-Pfalz), ist die ganz ungeniert vorgetragene Absicht, „Migrantinnen und Migranten“ bevorzugen zu wollen.

Die Arbeit in der Kindertagesstätte ist durchaus attraktiv. Sie richtet sich nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen

Dienst, mit allen Vorteilen, die öffentliche Arbeitgeber zu bieten haben. Die Stelle ist auf ein Jahr befristet, eine Weiterbeschäftigung ist aber in Aussicht gestellt. Dann [folgt der entsprechende Passus \(S. 33\)](#):

Bewerbungen von Migrantinnen/Migranten sowie von Schwerbehinderten werden bei gleicher Eignung und Befähigung bevorzugt berücksichtigt. Für nähere Informationen steht Ihnen Frau Fuchs, Tel. 02671-608122, Email: gerlinde.fuchs@vgcochem.de gerne zur Verfügung. Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen richten Sie bitte bis 22.06.2016 an: Stadt Cochem, Markt 1, 56812 Cochem.

Dies widerspricht zuerst einmal ganz offensichtlich dem Gleichbehandlungsgrundsatz, wie er im Grundgesetz, Art. 3, Absatz 3, formuliert ist (Hervorhebung durch PI):

Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Das wird den Cochemer Rassisten bewusst gewesen sein. Deshalb werden sie vermutlich einige der folgenden Rechtfertigungsgründe vorschieben, um ihren Grundgesetzbruch zu rechtfertigen:

1. Da es sich um einen Kindergarten mit vielen (21) Nationalitäten handelt, will man eine Kraft haben, die als „interkulturelle Fachkraft“ in zwei Kulturen heimisch ist.

Hier stellt sich die Frage, ob das ein Ausländer automatisch kraft seiner Hautfarbe ist und ob nicht umgekehrt eine Deutsche, die viel gereist ist, nicht ebenso diese Kompetenz aufweist. Wie wird (inter-)kulturelle Kompetenz gemessen?

2. Man wird vermutlich auf die Fähigkeit der Mutter-

/Fremdsprache bei Migranten-Bewerbern abstellen.

Hier ist zu fragen, ob es einen signifikanten Unterschied macht, wenn jemand neben Deutsch eine (!) der 21 im Kindergarten vertretenen Fremdsprachen beherrscht, die dort von den Kindern gesprochen werden. Dem einen Kind könnte es vielleicht (?!) nützen, während die anderen ohne diese besondere Hilfe auskommen müssten.

Umgekehrt ist sogar zu fragen, ob nicht gute Kenntnisse des Deutschen eher zu einer Integration der Kinder befähigen und dies nicht das einigende Band und die wichtigste Qualifikation eines Bewerbers sein müsste. Werden auch die Deutschkenntnisse der Bewerber gegeneinander abgewogen? Wenn ja, wie? Wenn nein, warum nicht?

Wenn einer der vorstehend genannten Gründe für eine (ablehnende) Entscheidung genannt wird, sollte dies sofort hinterfragt werden, am besten schriftlich (Einschreiben).

3. Kann man die Anzeige auch unabhängig von konkreten Aspekten (wie oben) in Frage stellen, ganz grundsätzlich.

Es ist ja die Rede davon, dass bei „gleicher Eignung und Befähigung“ Migranten bevorzugt werden. So gesehen ist die Ausschreibung bereits in diesem Moment rassistisch, da es gar keinen Unterschied in der Eignung gibt, wie er oben noch angenommen wurde. Der einzige Unterschied und der einzige Grund für die Bevorzugung besteht in der „Qualifikation“ einer ausländischen Herkunft.

Im Falle einer Ablehnung der eigenen Bewerbung sollten Bewerber zuerst die inhaltlichen Punkte wie oben beschrieben hinterfragen. Hilft das nicht (werden also von den Rassisten Gründe vorgeschoben), so kann wie gesagt die Anzeige grundsätzlich, unabhängig vom persönlichen Fall, in ihrer Struktur als rassistisch angezeigt werden. Die Sache sollte dann juristisch verfolgt und weiter öffentlich gemacht werden. PI wird gerne weiter über den Fall berichten.

(Spürnase: Roland)